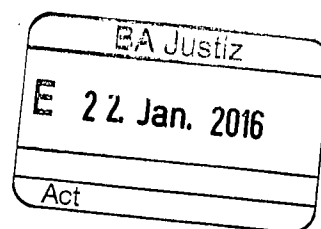


REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat



Einschreiben

Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationales Strafrecht
3003 Bern

20. Januar 2016

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 ist der Kanton Aargau eingeladen worden, bis zum 29. Januar 2016 zur Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen diese Gelegenheit gerne wahr.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 (sogenannte Istanbul-Konvention) ist am 1. August 2014 in Kraft getreten. Die Schweiz hat das Übereinkommen am 11. September 2013 unterzeichnet. Die Konvention zielt darauf ab, jegliche Form von Gewalt gegen Frauen, einschliesslich häuslicher Gewalt, zu verhüten, zu bekämpfen und zu verfolgen sowie die nationalen Gesetzgebungen im europäischen Raum und darüber hinaus zu harmonisieren.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst den Willen des Bundesrats, dieses erste europaweit rechtlich verpflichtende Instrument zum Schutz von Gewaltbetroffenen zu ratifizieren. Er unterstützt daher die Ratifikation der Istanbul-Konvention.

Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass das Schweizer Bundesrecht den Anforderungen des Übereinkommens in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht entspricht. Aufgaben wie Prävention und Opferschutz obliegen den Kantonen. Dem erläuternden Bericht ist auf den Seiten 41 und 42 zu entnehmen, dass noch vertieft abzuklären sei, ob das bestehende Angebot an Telefonberatungen für Gewaltopfer allenfalls auszubauen sei. Das Bundesamt für Justiz erarbeite mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) ein entsprechendes Konzept. Der Regierungsrat des Kantons Aargau erwartet, dass die Vorgabe der Telefonberatung gemäss Art. 24 der Istanbul-Konvention effizient, in den bestehenden organisatorischen Strukturen und ohne wesentliche Mehrkosten für die Kantone umgesetzt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Susanne Hochuli
Landammann



Dr. Peter Grünenfelder
Staatsschreiber

Kopie

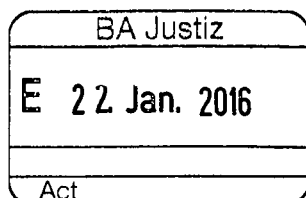
- anita.marfurt@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell



Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationales Strafrecht
3003 Bern

Appenzell, 21. Januar 2016

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir zur Vorlage wie folgt Stellung:

Der Kanton Appenzell I.Rh. unterstützt die Absicht des Bundesrats zur Ratifikation des erwähnten Übereinkommens. Die im Bundesbeschluss gemachten Vorbehalte erscheinen angemessen und zweckmässig, sodass dem vorliegenden Beschluss zugestimmt werden kann, auch wenn die Entlastung und Stärkung der Gewaltopfer zu einem gewissen Mehraufwand bei den kantonalen Behörden führen wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



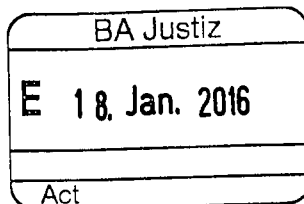
Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- anita.marfurt@bj.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Bundesamt für Justiz
3003 Bern



Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. Januar 2016 / ssc

Eidg. Vernehmlassung; Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, sich zum eingangs erwähnten Entwurf bis zum 29. Januar 2015 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden begrüsst den Willen des Bundesrates, dieses auf Europaebene erste juristisch verpflichtende Instrument zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen jede Form der Gewalt und zur Verhütung, Verfolgung und Abschaffung jeglicher Gewalt gegen Frauen sowie der häuslichen Gewalt zu ratifizieren. Die Istanbul-Konvention nimmt mit ihrem ganzheitlichen Ansatz zum Schutz der Frau eine besonders wichtige Stellung ein. Durch eine Ratifizierung wird die Schweiz ihre Tradition und ihr Engagement für die Förderung und Umsetzung der Personenrechte bestätigen.

Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass das Schweizer Bundesrecht den Anforderungen des Übereinkommens in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht entspricht. Aufgaben wie Verhütung und Opferschutz obliegen den Kantonen, von denen die meisten bereits Mechanismen eingeführt haben, welche die Erwartungen des Übereinkommens erfüllen; gewisse Kantone haben sie sogar übertroffen. Insbesondere setzt sich der Kanton Appenzell Ausserrhoden aktiv gegen Zwangsheiraten und -partnerschaften ein. Dank des Übereinkommens wird es möglich sein, die Umsetzung der Massnahmen in der ganzen Schweiz noch besser in Einklang zu bringen.

Die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in ihren verschiedenen Erscheinungsformen muss im Zentrum aller Massnahmen stehen, die zur Umsetzung des Übereinkommens ergriffen werden. Die Bestimmung in Abschnitt 2 über den Anwendungsbereich des Übereinkommens ermutigt die Parteien, dieses Übereinkommen ebenfalls auf häusliche Gewalt gegen Männer und Jungen anzuwenden. So können die Parteien frei bestimmen, ob sie die Anwendbarkeit des Übereinkommens auch auf diese Opfer ausweiten wollen. Eine solche Anwendung des



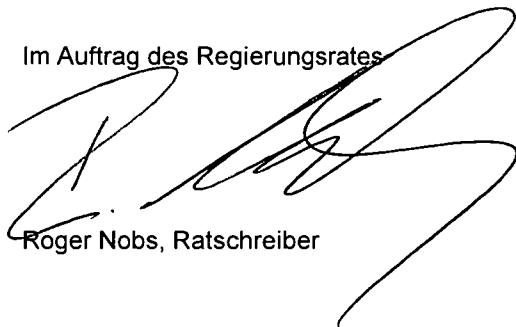
Übereinkommens auf alle Opfer von Gewalt in der Schweiz, insbesondere im Fall von häuslicher Gewalt, ist zu begrüßen.

Zu hinterfragen ist hingegen einer der vorgebrachten Vorbehalte in Bezug auf Artikel 59 zur «Aufenthaltsberechtigung». Wie der Bundesrat hervorhebt, kommen solche Situationen relativ selten vor. Darauf aufbauend ist davon auszugehen, dass die Verweigerung des Aufenthaltsrechts für Ehe- oder Lebenspartner von Personen mit Jahres- oder Kurzaufenthaltsbewilligung oder von vorläufig Aufgenommenen, die Opfer von Paargewalt sind, als Zeichen einer relativen Duldung von Gewalt gegenüber bestimmten «Kategorien» von Personen ausgelegt werden könnte. Dieser Vorbehalt würde in gewisser Weise zu einer Duldung der Tatsache führen, dass gewisse Opfer schweigen, um ihren Status zu bewahren. Hier sollte das Ausländerrecht dementsprechend angepasst und eine Ratifizierung des Übereinkommens der Istanbul-Konvention durch den Bundesrat ohne den oben erwähnten Vorbehalt anvisiert werden.

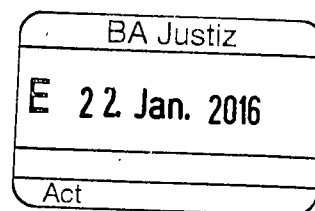
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber



Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

EJPD
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per Mail: anita.marfurt@bj.admin.ch

20. Januar 2016

RRB-Nr.: 60/2016
Direktion Polizei- und Militärdirektion
Unser Zeichen 2015.POM.330 / MH63
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern bedankt sich für die ihm gebotene Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Ratifizierung der Istanbul-Konvention Stellung zu nehmen.

1. Grundsätzliches

Der Regierungsrat unterstützt den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vollumfänglich und ist der Meinung, dass das Übereinkommen in der Schweiz auf alle Opfer häuslicher Gewalt – also auch Männer und Jungen – anzuwenden sei gemäss der Ermutigung in Art. 2 Abs. 2 des Übereinkommens.

Er begründet seine Haltung wie folgt:

- Die Schweiz verfügt über eine lange **humanitäre Tradition**. Sie engagiert sich u.a. bei der Förderung von Friedensbemühungen, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen stellt eine schwerwiegende Verletzung von Menschenrechten dar. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention als europaweit erstes

bindendes Instrument im Kampf gegen diese Formen von Gewalt setzt die Schweiz ihre humanitäre Tradition fort.

- Die Istanbul-Konvention ist von einem Expertenkomitee ausgearbeitet worden mit dem Ziel, ein umfassendes Instrument zu schaffen, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten und zu bekämpfen, die Opfer zu schützen und die Täter zu verfolgen. Die Zielsetzung der Istanbul-Konvention **stimmt mit der Zielsetzung überein**, die der Regierungsrat mit seinem Beschluss 1991 „*Abschlussbericht und Einrichten der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt*“ vom 28.11.2007 für den Bereich häusliche Gewalt festgelegt hat und die bis heute gültig ist (Gewalt stoppen, Opfer schützen und Gewaltausübende zur Verantwortung zu ziehen). Im Kanton Bern wird darauf geachtet, dass auch männliche Opfer gemäss ihren Bedürfnissen in Fällen häuslicher Gewalt geschützt werden können.
- Gleiche Zielsetzungen und Standards in der Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt dank einer europäischen Harmonisierung **vereinfachen die interkantonale und europäische Zusammenarbeit (z.B. bei Umzügen von Betroffenen) und tragen zu einer besseren Übertragbarkeit** von bewährten Modellen, Konzepten und Projekten in den Kanton Bern bei.
- Für die Schweiz ist insbesondere **ein gemeinsames Instrument mit ihren Nachbarländern** hilfreich. 3 Nachbarländer (Frankreich, Italien und Österreich) haben die Istanbul-Konvention bereits ratifiziert, Deutschland befindet sich im Ratifizierungsprozess (vgl. www.conventions.coe.int → Gesamtverzeichnis → SEV Nr. 210).
- Die Schweiz und der Kanton Bern **genügen bereits heute grossmehrheitlich den Anforderungen der Konvention**. Da zurzeit in den Bereichen, in denen die Schweiz die Anforderungen noch nicht ganz erfüllt, Investitionen getätigt werden, kann davon ausgegangen werden, dass zum Zeitpunkt der Ratifizierung der Konvention für die Schweiz kein nennenswerter Mehraufwand mehr entsteht.
- Die vom EJPD **vorgeschlagenen Vorbehalte** sind angebracht, um in der Schweiz die Eröffnung von unnötigen Untersuchungen wegen Auslandstaten zu vermeiden, welche wegen Beweiserhebungsproblemen oder aus anderen Gründen ohnehin zu Einstellungen führen müssten.

2. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Kt. Bern

Die wichtigsten Anforderungen und Massnahmen, zu der sich die Vertragsstaaten mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention bekennen, sind im Kanton Bern bereits heute wie folgt realisiert:

- **Grundrechte, Gleichstellung und Nichtdiskriminierung:** Im Kanton Bern hat der Gesetzgeber den Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann in Art. 10 der Kantonsverfassung verankert. Die kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern setzt sich als Kompetenzzentrum für die Gleichstellung in allen Lebensbereichen und gegen die Diskriminierung der Geschlechter im Kanton Bern ein. Weiter unterstützt und berät die kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen auf politischer Ebene den Regierungsrat und die Fachstelle und sorgt für ein Informations- und Kontaktnetz unter Organisationen im Kanton Bern, die sich mit Gleichstellungsfragen befassen.
- **Koordination:** Seit 2007 koordiniert die Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt, die im Generalsekretariat der Polizei- und Militärdirektion angesiedelt ist, die Massnahmen im Bereich häusliche Gewalt auf kantonaler Ebene (vgl. www.be.ch/big). Die Ko-

ordination auf regionaler Ebene findet im Rahmen der 9 regionalen runden Tische häusliche Gewalt statt, die mind. einmal pro Jahr von den zuständigen Regierungsstatthaltern durchgeführt werden.

- **Datensammlung und Forschung:** Die Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt veröffentlicht jährlich eine Statistik zu häuslicher Gewalt im Kanton Bern. Zudem stösst sie Forschung an (z.B. zu Kinderschutz bei häuslicher Gewalt) oder stellt ihr Fachwissen Forschenden zur Verfügung (z.B. Forschungsbericht zu Stalking).
Die kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern betreibt weiter in Zusammenarbeit mit den Deutschschweizer Gleichstellungsbüros und dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG die Datenbank www.gleichstellungsgesetz.ch, in der alle Gerichtsentscheide nach Gleichstellungsgesetz der Deutschschweiz und somit auch jene zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz in anonymisierter Form abrufbar sind.
- **Allgemeine Verpflichtungen:** Die kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern entwickelt diverse Massnahmen, Projekte und Instrumente zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und den entsprechenden Abbau geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen in verschiedenen Lebensbereichen (z.B. Nationaler Zukunftstag, Weiterbildungen zu Lohngleichheit und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz etc.).
- **Bewusstseinsbildung:** Verschiedene Stellen des Kantons Bern machen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt regelmässig zum Thema (z.B. im Rahmen von Medienarbeit oder im Rahmen der Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen) und stellen Informationsmaterial für Betroffene und Fachpersonen zur Verfügung.
Um in der Bevölkerung ein Bewusstsein für eine Problematik zu erzielen, sind jedoch insbesondere auch nationale Kampagnen wichtig. Gesamtschweizerische Botschaften, die über SRF und Plakate verbreitet werden, erreichen die Menschen in der Schweiz besser, als punktuelle Kampagnen in einzelnen Kantonen.
- **Bildung:** Bereits im geltenden Lehrplan des Kantons Bern ist das Thema Gleichstellung verankert. Auch im Lehrplan 21 werden Geschlechter- und Gleichstellungsthemen aufgegriffen. Unter anderem setzen sich die Kinder und Jugendlichen mit Faktoren und Situationen auseinander, die Diskriminierung und Übergriffe begünstigen, und wissen, wie sie sich dagegen wehren können.
- **Aus- und Weiterbildung für Fachpersonen:** Die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt bietet in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren des kantonalen Hilfesystems häusliche Gewalt regelmässig Weiterbildungen für Fachpersonen an, z.B. ein Kommunikationstraining für die Täteransprache bei häuslicher Gewalt oder eine Weiterbildung zu Migration und häusliche Gewalt.
- **Beratungsangebote für gewaltausübende Personen:** Nach einer Polizeiintervention wegen häuslicher Gewalt nehmen die Regierungsstatthalterämter pro-aktiv Kontakt mit der gewaltausübenden Person auf und legen ihr eine Gewaltberatung nahe. Die Beratung für Täter/innen wird von der Polizei- und Militärdirektion/ der Interventionsstelle in der Gruppe (Lernprogramm gegen Gewalt in Ehe, Familie und Partnerschaft) und einzeln (bei Bedarf auch mit Übersetzung) angeboten. Die Teilnahme ist freiwillig oder verordnet möglich.
- **Opferhilfe-Institutionen:** Im Kanton Bern bieten 3 Frauenhäuser und 5 ambulante Beratungsstellen Opfern Hilfe und Unterstützung an. Die Dargebotene Hand Bern stellt zudem die telefonische Beratung rund um die Uhr sicher.
- **Berner Modell:** Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, wird Hilfe nach dem Berner Modell geboten. Das Berner Modell umfasst die Betreuung von Frauen für Frauen,

die Möglichkeit der Spurensicherung ohne Meldepflicht bei den Strafverfolgungsbehörden und die klar geregelte interdisziplinäre Zusammenarbeit.

- **Kindesschutz bei häuslicher Gewalt:** Das kantonale Jugendamt, das im Kanton Bern die Federführung im Bereich Kindesschutz innehat, berücksichtigt bei allen seinen Massnahmen auch die kindliche Mitbetroffenheit bei häuslicher Gewalt und arbeitet in diesem Bereich eng mit der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt zusammen. Die Beratung für Kinder, die häusliche Gewalt erleben, stellen die Erziehungsberatungsstellen, die Opferhilfe-Institutionen sowie die Kinderschutzgruppe des Inselspitals sicher.
- **Bedrohungsmanagement:** Bei Drohungen gegen Leib und Leben übernimmt die Kantonspolizei die Federführung und leitet gemeinsam mit weiteren involvierten Akteuren Massnahmen zum Schutz der bedrohten Person(en) und zur Reduktion der Gewaltbereitschaft der gewaltandrohenden Person ein. Zurzeit prüft der Regierungsrat, ein kantonales Bedrohungsmanagement-Projekt zur weiteren Verbesserung der Abläufe und Voraussetzung durchzuführen.

3. Fazit und Antrag

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist ein wichtiges Anliegen des Kantons Bern. Die durch die Konvention angestrebte Harmonisierung auf europäischer Ebene ist aus Sicht des Regierungsrats positiv, da sie zu Verbesserungen in der Zusammenarbeit und Erhöhung der Übertragbarkeit von bewährten Konzepten und Vorgehensweisen beiträgt.

Die im Bundesbeschluss vorgesehenen Vorbehalte zu Art. 44 Abs. 1 Bst. e, Art. 44 Abs. 3, Art. 55 Abs. 1 und Art. 59 der Konvention sind aus Sicht des Regierungsrates angebracht, um in der Schweiz die Eröffnung von unnötigen Untersuchungen wegen Auslandstaten zu vermeiden, welche wegen Beweiserhebungsproblemen oder aus anderen Gründen ohnehin zu Einstellungen führen müssten.

Der Regierungsrat begrüsst deshalb den vom Bund vorgeschlagenen Beschluss über die Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul Konvention) und beantragt, die Konvention in der Schweiz auf alle Opfer häuslicher Gewalt (auch Jungen und Männer) anzuwenden, wie dies den Vertragsstaaten in Art. 2 Abs. 2 der Konvention empfohlen wird.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Hans-Jürg Käser

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- GEF, JGK, ERZ, STA, JL



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Vernehmlassung betreffend Europarat-Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft befürwortet eine Ratifikation der so genannten Istanbul-Konvention durch die eidgenössischen Räte. Dieses Übereinkommen richtet sich gezielt gegen Gewalt an Frauen sowie gegen häusliche Gewalt und legt Mindeststandards für den Schutz und die Prävention fest. Auch wenn das Bundesrecht dessen Anforderungen bereits genügt, erachten wir eine Teilnahme der Schweiz am Übereinkommen als wichtiges Signal gegen Gewalt respektive für Gewaltfreiheit. Mit der Ratifizierung wird erneut bekräftigt, dass häusliche Gewalt auch in der Schweiz nicht akzeptiert wird. Ferner befürworten wir aus Gleichstellungsüberlegungen und im Sinne einer wirkungsvollen Prävention ausdrücklich, dass von der Möglichkeit¹ Gebrauch gemacht wird, den Geltungsbereich des Übereinkommens auf häusliche Gewalt gegen Männer und Jungen zu erweitern.

Liestal, 19. Januar 2016

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Der Landschreiber

¹ Artikel 2 des Übereinkommens



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Justiz, Fach-
bereich Internationales Strafrecht
anita.marfurt@bj.admin.ch

Basel, 3. Februar 2016

Regierungsbeschluss vom 2. Februar 2016

Vernehmlassung zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Marfurt
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung und Umsetzung der Istanbul-Konvention zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt unterstützt die Stossrichtung der Istanbul-Konvention und den Willen des Bundesrates, das Übereinkommen zu genehmigen und umzusetzen. Die Annahme und Umsetzung der Konvention bestätigt das Engagement und die humanitäre Tradition der Schweiz. Auch wird dadurch die Haltung gestärkt, dass Häusliche Gewalt nicht toleriert wird. Der Regierungsrat begrüsst das Anliegen sicherzustellen, dass die getroffenen Massnahmen den besonderen Bedürfnissen schutzbedürftiger Personen – einschliesslich Opfern im Kindesalter – entsprechen und ihnen in geeigneter Weise zugänglich gemacht werden.

Direkte Auswirkungen, namentlich finanzieller Natur, erwartet der Kanton Basel-Stadt aus der Ratifikation keine, bestehen in diesem Bereich doch bereits heute zahlreiche rechtliche Rahmenbedingungen, Organisationen und Massnahmen. So begrüsst der Regierungsrat auch die Idee, auf bestehende kantonale Infrastrukturen zurückzugreifen, um die festgehaltene Verpflichtung einer kostenlosen, rund um die Uhr erreichbaren Telefonberatung für Opfer aller Formen von Gewalt zu erfüllen. Nichtsdestoweniger dürfte mit diesem Übereinkommen die Koordination sowohl auf internationaler als auch auf interkantonaler Ebene verbessert werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Frau Sonja Roest Vontobel, Leiterin des Fachreferats des Justiz- und Sicherheitsdepartements Basel-Stadt, sonja.roest@jsd.bs.ch, Tel. 061 267 44 94, zur Verfügung.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt


Dr. Guy Morin
Präsident


Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

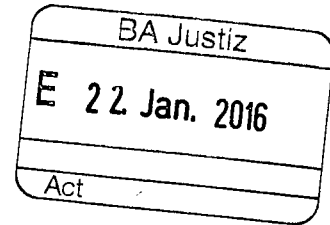
Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Office fédéral de la justice
Domaine de direction Droit pénal international
3003 Berne



Fribourg, le 19 janvier 2016

Convention du Conseil de l'Europe du 11 mai 2011 sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (convention d'Istanbul) - Consultation

Madame, Monsieur,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons au courrier de mise en consultation de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga.

Le Conseil d'Etat du Canton de Fribourg salue le développement de ce premier instrument contraignant à l'échelle de l'Europe qui protège les femmes et les filles de toutes les formes de violence, y compris la violence domestique. Ainsi, nous soutenons l'approbation et la ratification de la Convention d'Istanbul et nous vous remercions de la démarche.

Nous nous félicitons que la Suisse réponde aux exigences de la convention. Cela démontre qu'un débat nécessaire et essentiel a eu lieu et que des suites concrètes ont été données. La ratification de la Convention d'Istanbul est un nouveau pas dans la bonne direction.

Dans le détail, nous constatons que notamment l'art. 24 relatif aux permanences téléphoniques mérite une clarification. Pour la mise en œuvre de cet article, nous appelons de nos vœux la prise en compte des permanences téléphoniques déjà opérationnelles qui fonctionnent à satisfaction. Le débat survenu en 2013 a démontré que le développement d'un projet plus centralisé nécessite encore à l'heure actuelle une certaine maturation.

Au niveau formel, nous relevons que certains passages du rapport explicatif ne sont rédigés qu'au masculin et non en langage épicène, ce qui paraît pour le moins étonnant dans la mesure où cette convention a pour but, notamment, « *de contribuer à éliminer toute forme de discrimination à l'égard des femmes et de promouvoir l'égalité réelle entre les femmes et les hommes, y compris*

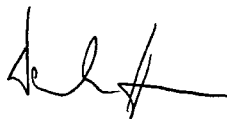
l'autonomisation des femmes » (art. 1 par. 1 let. b de la convention). Nous vous remercions de procéder à une relecture et aux corrections qui s'imposent dans le rapport explicatif.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :



Marie Garnier
Présidente



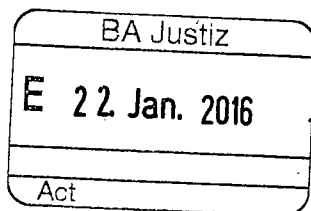
Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 20 janvier 2016

Le Conseil d'Etat

71-2016



Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Madame Simonetta Sommaruga,
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

COPIE

Concerne : procédure de consultation relative à la Convention du Conseil de l'Europe du 11 mai 2011 sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul)

Madame la Conseillère fédérale,

Notre Conseil accuse bonne réception de la consultation mentionnée sous rubrique qui a retenu notre meilleure attention.

Le projet prévoit la ratification par la Suisse de la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique, dite Convention d'Istanbul.

Cette convention a déjà été ratifiée par 18 Etats et est entrée en vigueur le 1^{er} août 2014. La Suisse l'a quant à elle signée en date du 11 septembre 2013.

Nous tenons tout d'abord à saluer la volonté du Conseil fédéral de procéder à la ratification de cette convention, premier instrument juridiquement contraignant à l'échelle de l'Europe, visant à protéger les femmes et les filles contre toutes les formes de violences. La violence à l'égard des femmes étant une cause et une conséquence des rapports de pouvoir inégaux entre les sexes, la Convention cherche à éliminer toutes les formes de discrimination, notamment en promouvant l'autonomisation des femmes. Elle prévoit notamment une série de mesures destinées à lutter contre les stéréotypes de genre dans l'éducation et les médias. En ratifiant cette convention ambitieuse, la Suisse confirme ainsi sa tradition et son engagement dans la promotion et l'application des droits de la personne et réaffirme que la violence domestique n'est pas acceptable. Il ne faut en effet pas oublier que la violence domestique tue encore en Suisse : en 2014, 17 femmes et 6 hommes sont morts dans un contexte de violence domestique¹.

Nous souhaitons relever l'article 2 de la convention relatif à son champ d'application qui précise que la convention s'applique à toutes les formes de violence à l'égard des femmes, y compris la violence domestique. Nous saluons ainsi le fait que la violence fondée sur le genre à l'égard des femmes figure au centre des mesures adoptées en application de la convention. A souligner que le paragraphe 2 de ce même article encourage à appliquer la

¹ <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/fr/index/themen/19/04/06/01.html>.

convention également à la violence domestique commise à l'encontre des hommes et des garçons, notamment les gays, les hommes transgenres, ou les hommes qui ne se conforment pas à un comportement jugé acceptable par la société.

Par ailleurs et comme le relèvent Karine Lempen, Anita Marfurt et Sophie Heegaard-Schroeter, " la ratification de la Convention d'Istanbul paraît particulièrement utile pour des Etats qui, comme la Suisse, n'ont pas de loi générale sur les violences domestiques. En effet, en droit suisse, les normes en vigueur pour combattre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique sont disséminées dans diverses législations fédérales et cantonales, de sorte qu'il est difficile d'avoir une vue d'ensemble de la protection existante. La Convention d'Istanbul a le mérite de traiter tous les aspects relatifs à la prévention et à la sanction de ces types de violences dans un seul texte.... " ².

Bien qu'il existe déjà en Suisse une certaine harmonisation dans l'application des mesures grâce aux conférences régionales tant en matière d'égalité entre les femmes et les hommes qu'en matière de lutte contre la violence domestique, la convention va permettre de la renforcer.

Nous souhaitons à ce propos attirer votre attention sur l'article 24 qui concerne les permanences téléphoniques. Le rapport explicatif indique que l'Office fédéral de la justice (OFJ), en collaboration avec la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS), est actuellement en train d'élaborer un projet relatif à la mise en place d'une assistance téléphonique dans toute la Suisse, conformément aux exigences de la convention, qui s'adressera à toutes les victimes de violence. Sur la base des expériences développées dans notre canton, qui a mis en place, depuis plusieurs années, une ligne téléphonique centralisée pour la violence domestique et qui a collaboré à son ouverture dans le domaine de la traite des êtres humains, nous tenons à rappeler que ces lignes ne sont utiles que si elles sont accompagnées de campagnes d'information.

Il s'agit maintenant d'attendre la présentation du projet OFJ-CDAS et de souhaiter qu'il soit soumis à une consultation auprès des cantons avant sa finalisation. A ce stade, on peut d'ores et déjà signaler qu'une participation financière de la Confédération paraît indispensable au cas où ce projet devait engendrer des coûts supplémentaires pour les cantons.

En ce qui concerne l'article 26 qui exige que les prestations de l'aide aux victimes doivent comprendre des conseils psychosociaux en faveur des enfants témoins qui doivent être adaptés à leur âge et tenir dûment compte de l'intérêt supérieur de l'enfant, il serait souhaitable que le message du Conseil fédéral indique des précisions relatives à cette exigence.

Notre Conseil regrette cependant une des réserves émise par le Conseil fédéral. Il s'agit de celle concernant l'article 59 relative au statut de résident.

En effet, et comme il est relevé à la page 71 du rapport explicatif de l'OFJ, il s'agit de situations rares. Ainsi, contrairement aux exigences de la convention, les conjointes et conjoints ou les partenaires de personnes titulaires d'une autorisation de séjour à l'année (permis B), de courte durée ou de personnes admises provisoirement (permis F), qui sont victimes de violence au sein de leur couple, ne pourront pas exiger un permis de résidence autonome en cas de dissolution du mariage ou du partenariat.

² LEMPEN Karine, MARFURT Anita, HEEGAARD-SCHROETER Sophie, "La Convention d'Istanbul: un tour d'horizon", in *Jusletter*, 7 septembre 2015

Du point de vue de l'aide aux victimes, cette réserve n'est pas opportune puisqu'elle est lourde de conséquences pour les personnes concernées. Par peur de perdre leur statut de séjour, elles sont contraintes de maintenir leur union et de s'exposer ainsi aux violences de leur conjoint. Pour améliorer la protection de ces victimes, il serait nécessaire de modifier le droit fédéral pour le rendre conforme aux exigences de la convention.

Au vu de ce qui précède, notre Conseil se prononce en faveur de la ratification par le Conseil fédéral de la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique, dite Convention d'Istanbul, sans toutefois la réserve mentionnée ci-dessus.

En vous remerciant de nous avoir consultés et de prendre note de notre position, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



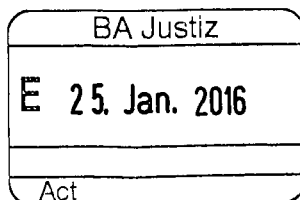
Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Copie à : Office fédéral de la justice, Domaine de direction Droit pénal international



Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationales Strafrecht
3003 Bern

Glarus, 19. Januar 2016
Unsere Ref: 2015-180

Vernehmlassung i. S. Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die Konvention enthält Bestimmungen, welche die Vertragsstaaten verpflichten, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Neben dem Erlass von Strafbestimmungen und der consequenten Verfolgung von Delikten soll dies auch präventiv durch öffentliche Sensibilisierungsprogramme sowie Ausbildung von zuständigen Berufspersonen erfolgen. Die Genehmigung der Konvention wird von uns deshalb befürwortet. Bezüglich der in der Konvention ebenfalls vorgesehenen Zurverfügungstellung von Schutzunterkünften und des Ausbaus des bestehenden Angebots an telefonischen Beratungen fordern wir eine pragmatische Vorgehensweise des Bundes unter Berücksichtigung der kantonalen Strukturen. Der Bund hat sich an den Kosten zudem entsprechend zu beteiligen.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Röbi Marti
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: anita.marfurt@bj.admin.ch

versandt am: 20. Jan. 2016



Sitzung vom

19. Januar 2016

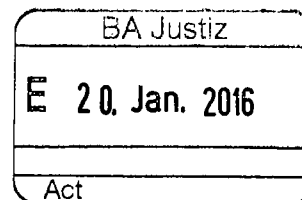
Mitgeteilt den

19. Januar 2016

Protokoll Nr.

44

Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationales Strafrecht
3003 Bern



Als PDF- und Word-Version auch per E-Mail zustellen an: anita.marfurt@bj.admin.ch

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrter Herr Direktor

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 fordern Sie die Kantone auf, zur Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zu der Thematik äussern zu können.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst die Ratifikation der Istanbul-Konvention. Das Ziel der Konvention – jegliche Form von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu verhüten, zu bekämpfen und zu verfolgen sowie einen Beitrag zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu leisten und die Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern – ist von hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung und deshalb entsprechend zu unterstützen. Bereits heute erweisen sich die in der Istanbul-Konvention vorgesehenen, verpflichtenden Massnahmen, wie beispielsweise nationale Telefonberatung, Interventions- und Behandlungsprogramme für gewaltausübende Personen, als sinnvolle Instrumente zum Schutz von Opfern von Gewalt.

Abschliessend danken wir Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Christian Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Office fédéral de la justice
Domaine de direction Droit pénal international
Madame Anita Marfurt
Bundesrain 20
3003 Berne

BA Justiz
E 28. Jan. 2016
Act

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 19 janvier 2016

Convention du Conseil de l'Europe du 11 mai 2011 sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul) – Procédure de consultation

Madame,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de lui donner la possibilité d'exprimer sa position quant à l'objet soumis à consultation et mentionné sous rubrique.

Le Gouvernement salue le projet de ratification de la Convention du Conseil de l'Europe du 11 mai 2011 sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique, dite Convention d'Istanbul, premier instrument contraignant à l'échelle européenne sur ce type de violences. Le Gouvernement approuve la création d'un cadre juridique international de lutte et de prévention, car il est le devoir de tout Etat, se référant aux droits humains, de donner des réponses politiques et coordonnées à ces questions qui concernent la société dans son ensemble.

Le droit suisse, tant au niveau pénal que civil, répond déjà en grande partie aux exigences de la convention. En ce qui concerne la prévention, la protection des victimes et la poursuite des actes de violence au sens de la convention, cette dernière permettra d'harmoniser les mesures existantes à l'ensemble de la Suisse et de consolider les collaborations intercantionales déjà effectives, auxquelles la déléguée jurassienne à l'égalité prend part (Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité, Conférence romande des bureaux de l'égalité –egalite.ch, Conférence suisse contre la violence domestique, Conférence latine contre la violence domestique).

Le Gouvernement jurassien déplore toutefois la réserve émise à l'art. 59 de la convention « Statut de résident », qui exige que les Etats garantissent aux victimes de violence au sein du couple, dont le statut de résident dépend de celui de leur conjoint, un permis de séjour autonome indépendamment de la durée du mariage, dans l'éventualité d'une séparation et dans les cas particulièrement difficiles. Les conditions d'octroi et de la durée du permis de séjour doivent être fixées en droit interne. Actuellement, en Suisse, le droit à la prolongation ou au renouvellement du

titre de séjour en cas de séparation n'est pas acquis pour les victimes de violences conjugales qui sont conjointes d'étrangers au bénéfice d'une autorisation de séjour (permis B ou L). C'est au service de migration compétent d'apprécier la situation de ces personnes au regard du droit suisse (art. 77 OASA, art. 50 LEtr, art. 84, al. 5 et 7 LEtr, notamment). Ce droit est cependant admis pour les conjointes de ressortissants suisses ou pour les conjointes d'étrangers titulaires d'un permis d'établissement (permis C). Cela a pour conséquence que nombre d'étrangères victimes de violence n'osent pas quitter leur conjoint craignant de perdre leur autorisation de séjour en cas de séparation et d'être renvoyées dans leur pays d'origine. Il est dès lors regrettable que la Suisse maintienne une inégalité entre les « catégories » de personnes étrangères, inégalité qui reviendrait à cautionner leur silence et leur soumission à la situation de violence. La Suisse devrait donc renoncer à la réserve émise quant à de cette disposition et adapter sa législation en conséquence.

La prévention et la protection des victimes sont principalement du ressort des cantons. A cet égard, les cantons répondent dans l'ensemble aux exigences posées par la convention, ce qui signifie que le maintien des acquis en la matière sera garanti par la ratification de la convention. Le Gouvernement jurassien s'en félicite. Toutefois, concernant les modifications qui pourraient s'ensuivre, il restera attentif aux incidences éventuelles pour le canton du Jura.

Tel le cas de la question de l'hébergement des victimes. En effet, l'article 23 de la convention oblige les Etats à prendre « les mesures législatives ou autres nécessaires pour permettre la mise en place de refuges appropriés, facilement accessibles et en nombre suffisant, afin d'obtenir des logements sûrs pour les victimes, en particulier les femmes et leurs enfants, et pour les aider de manière proactive ». Afin d'établir un état des besoins en places d'accueil pour les victimes, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) et le Bureau fédéral de l'égalité (BFEG) ont réalisé une analyse de la situation, publiée en mai 2015. Les cantons ont été ensuite invités à inventorier les offres disponibles (refuges pour femmes, autres hébergements protégés et solutions provisoires).

En l'état, le canton du Jura ne dispose pas de maison d'accueil spécifiquement destinée aux femmes victimes et à leurs enfants. Il existe cependant, en cas de besoin, des endroits d'hébergement d'urgence. Pour une prise en charge spécifique, les victimes sont donc redirigées vers les structures de Bienne et La Chaux-de-Fonds, qui suffisent à couvrir les besoins jurassiens étant donné que le nombre de situations annuelles est très limité. Le rapport de la CDAS et du BFEG indique que ces informations seront mises en comparaison avec les données définies pour la Suisse ou avec les standards minimaux afin de déterminer si l'offre faite aux femmes jurassiennes doit être développée et comment, tout en prenant en compte la structure de la population et les besoins régionaux spécifiques. Le Gouvernement jurassien veillera à ce que ces derniers éléments soient pleinement considérés.

Par ailleurs, le Gouvernement tient à rappeler qu'il désapprouvait le projet de ligne téléphonique national concernant la violence domestique, tel que porté à sa connaissance en 2013. Et cela au regard de l'article 24 de la convention qui contraint les Etats à mettre en place à l'échelle nationale des permanences téléphoniques gratuites, accessibles 24/24h et 7/7j pour fournir aux personnes qui appellent, de manière confidentielle ou dans le respect de leur anonymat, des conseils concernant toutes les formes de violence couvertes par le champ d'application de la convention.

Sachant que l'Office fédéral de la justice élabore déjà actuellement un projet en ce sens, le Gouvernement souhaite rappeler que l'offre actuelle suffit à couvrir les besoins en matière de soutien et d'aide dans le canton du Jura. Bien que restreinte, cette offre est connue de la population. Elle comprend les prestations du Centre de consultation LAVI, du Bureau de l'égalité (écoute et réorientation), de la Main Tendue, financée par un contrat de prestations avec l'Etat, de la police, en

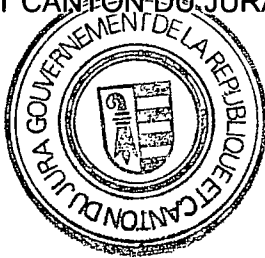
cas d'urgence aiguë, ainsi que de l'aide en ligne par le site www.violencequefaire.ch. De plus, il convient de rappeler que le financement du projet soumis en 2013 était également problématique, puisque notre canton ne peut supporter de tels coûts, ni ne souhaite les voir se reporter au détriment de projets existants liés à la violence domestique. Le Gouvernement jurassien tient donc à reformuler ici son désaccord vis-à-vis d'un projet qui serait financièrement trop exigeant à porter pour une valeur ajoutée discutable par rapport à son organisation actuelle. Il veillera à la suite qui sera donnée au projet de permanence téléphonique.

Au vu de ce qui précède, le Gouvernement jurassien soutient donc la ratification, sans la réserve à l'article 59, et l'application de la convention pour la Suisse.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à sa prise de position, le Gouvernement vous adresse, Madame, ses salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

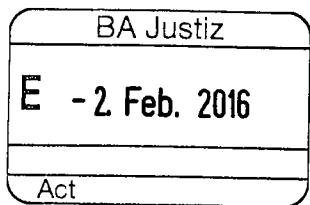

Charles Juillard
Président




Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch



Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationales Strafrecht
3003 Bern

Luzern, 29. Januar 2016

Protokoll-Nr.: 105

**Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung
und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
(Istanbuler-Konvention)**

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Namen und Auftrag des Regierungsrates wie folgt:

Der Kanton Luzern hat erstmals mit Teilrevision der kantonalen Strafprozessordnung vom 8. März 2004, in Kraft getreten am 1. Juli 2004, Bestimmungen betreffend Umgang mit häuslicher Gewalt erlassen. Im Rahmen der Aufhebung der kantonalen Strafprozessordnung durch die Schweizerische Strafprozessordnung sind diese Bestimmungen auf den 1. Januar 2011 ins kantonale Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 20. November 2000 (SRL Nr. 200) übertragen worden. Hinsichtlich der Gefährdungsanalyse und des Gefahrenmanagements befindet sich bei der Luzerner Polizei die Fachgruppe Gewaltschutz sowie interdisziplinär das Netzwerk Bedrohungsmanagement im Aufbau. Der Kanton Luzern hat Massnahmen gegen häusliche Gewalt ergriffen und setzt diese Massnahmen konsequent um.

Die Istanbuler-Konvention verfolgt das Ziel, jegliche Form von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu verhüten, zu bekämpfen und zu verfolgen. Im Bericht wird dargelegt, dass die Schweiz grossmehrheitlich die Anforderungen an die zahlreichen Bestimmungen der Istanbuler-Konvention erfüllt. Im Bericht werden zu vier Bestimmungen Vorbehalte zu einer Ratifizierung angebracht. Die Ausführungen zu den Vorbehalten sind nach dem Bericht nachvollziehbar.

Im Bericht wird aber auch dargelegt, dass die Umsetzung der geplanten Massnahmen in den Kantonen zu finanziellen Mehraufwendungen führen wird. Bedrohte Personen sind nach der Istanbuler-Konvention an geschützten Orten unterzubringen. Die im Frauenhaus vorhandenen Plätze dürften nach der Erfahrung der Luzerner Polizei zahlenmässig eher nicht genügen. Nach der fraglichen Bestimmung in der Istanbuler-Konvention dürfte der Schutz indessen auch an anderen sicheren Unterkünften gewährt werden können. Im Weiteren ist nach der Istanbuler-Konvention eine kostenlose, landesweite und täglich rund um die Uhr erreich-

bare Telefonberatung einzurichten, um Anruferinnen und Anrufer vertraulich oder unter Berücksichtigung ihrer Anonymität im Zusammenhang mit allen in den Geltungsbereich dieser Konvention fallenden Formen der Gewalt zu beraten. Nach dem Bericht vermögen die bestehenden Telefon-Hotlines für Gewaltopfer den Anforderungen an eine nationale Hotline noch nicht vollumfänglich zu entsprechen. Ferner soll nach dem Bericht den Kantonen auf Grund der intensivierten internationalen Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung ein Mehraufwand entstehen. Mehraufwand ist auch bei der Polizeiarbeit zu erwarten.

Die Umsetzung der Istanbul-Konvention wird nach dem Bericht zu finanziellen Mehraufwand in den Kantonen führen. Der Kanton Luzern kann diesen finanziellen Mehraufwand derzeit nicht übernehmen. Wir sind nicht bereit, neue Auflagen zu übernehmen, die nicht vom Parlament im Gesetzgebungsverfahren beschlossen und im Bedarfsfall auch geändert werden können.

Unter den geschilderten Umständen lehnen wir eine Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ab.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat

PDF-Version und Word-Version an:
anita.marfurt@bj.admin.ch

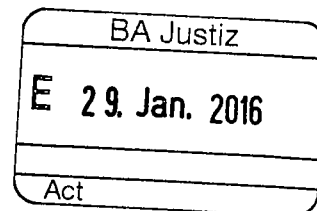
Kopie:

- Luzerner Polizei
- Staatsanwaltschaft
- Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL



Office fédéral de la justice
Domaine de direction
Droit pénal international
3003 Berne

Transmission par courrier électronique
anita.marfurt@bj.admin.ch

Convention du Conseil de l'Europe du 11 mai 2011 sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (convention d'Istanbul)

Madame la conseillère fédérale,

Votre courrier du 14 octobre 2015 concernant la procédure de consultation mentionnée en rubrique nous est bien parvenu, et nous vous en remercions.

Conformément à votre demande, nous vous adressons ci-dessous la position du canton de Neuchâtel sur ce sujet.

Le projet prévoit la ratification par la Suisse de la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique, dite Convention d'Istanbul. Cette convention a déjà été ratifiée par 18 États et est entrée en vigueur le 1^{er} août 2014. La Suisse l'a signée en date du 11 septembre 2013.

Le gouvernement neuchâtelois salue la volonté du Conseil fédéral de procéder à la ratification du premier instrument juridiquement contraignant à l'échelle de l'Europe, visant à protéger les femmes et les filles contre toutes les formes de violences, et à prévenir, poursuivre et éliminer la violence domestique.

Ainsi qu'il ressort du rapport explicatif, le droit fédéral suisse répond aux exigences de la convention, tant sur le plan civil que pénal. Plusieurs modifications législatives adoptées ces dernières années, ainsi que l'avant-projet de loi fédérale sur l'amélioration de la protection des victimes de violence, vont dans le sens attendu par cette convention.

Les tâches de prévention et la protection des victimes sont du ressort des cantons, lesquels ont déjà, pour la plupart, mis en place des dispositifs répondant à la convention, certains cantons allant au-delà de ce qui est attendu.

La convention permettra aussi d'accroître l'harmonisation de l'application des mesures à l'ensemble de la Suisse, et favorisera encore davantage les collaborations intercantionales.

Voici toutefois quelques remarques concernant le rapport explicatif :

Article 24 de la convention (Permanences téléphoniques) : cette disposition exige une permanence téléphonique gratuite à l'échelle nationale, accessible vingt-quatre heures sur vingt-quatre et sept jours sur sept. Actuellement, cette exigence n'est que partiellement mise en œuvre en Suisse, comme le souligne le rapport. Un premier projet de ligne nationale spécifique, mis sur pied par la Conférence cantonale des directeurs de justice et police (CCDJP), n'a pas abouti, notamment pour des raisons de coûts. D'après le rapport, un nouveau projet est actuellement étudié par l'office fédéral de la justice, en collaboration avec la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) ; il aurait le mérite d'utiliser les structures cantonales existantes. Pour nous, une telle solution, plus raisonnable, pourrait être la bienvenue, à condition toutefois qu'elle n'induisse pas des coûts supplémentaires disproportionnés pour les cantons.

Article 26 de la convention (Protection et soutien des enfants témoins) : le rapport explicatif ne met en évidence que les droits procéduraux. On n'y parle pas des conseils psychosociaux dont les enfants peuvent avoir besoin. Or, l'article 26 en fait une exigence. Cette question doit être approfondie, d'autant plus que l'on connaît de mieux en mieux l'impact de la violence sur les enfants témoins ou présents dans le foyer. On pourrait prévoir par exemple une obligation faite à la police de signaler les situations de violence conjugale à l'autorité de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA), comme cela se pratique déjà dans le canton de Neuchâtel.

Article 34 de la convention (Harcèlement) : le rapport explicatif donne des exemples dans lesquels le harcèlement peut être poursuivi pénalement. Toutefois, il existe des situations de stalking (harcèlement obsessionnel) dans lesquelles il paraît bien difficile de considérer qu'une infraction pénale est réalisée. Il conviendrait d'étudier plus précisément ces situations et d'envisager l'adoption d'une norme pénale supplémentaire pour le stalking.

Article 59 de la convention (Statut de résident) : cette disposition prévoit notamment que les parties doivent garantir que les victimes de violence domestique dont le statut de résident-e dépend de celui de leur conjoint-e ou de leur partenaire se voient accorder, en cas de situations particulièrement difficiles, un permis de résidence autonome, indépendamment de la durée du mariage ou de la relation. La Suisse ne remplissant pas toutes les conditions de l'article 59 de la convention, il est prévu de faire une réserve. Toutefois, nous pensons que plutôt que d'émettre une réserve, il serait préférable que la Confédération modifie sa législation afin de répondre à l'ensemble des conditions de cet article. En effet, les risques liés à une péjoration du statut de séjour en Suisse constituent souvent une pression importante pour les victimes, et les maintiennent parfois en situation de danger.

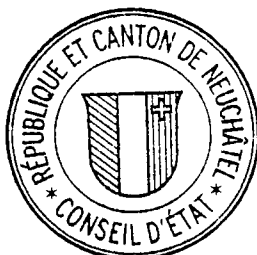
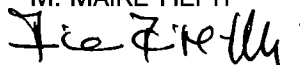
Vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 25 janvier 2016

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

anita.marfurt@bj.admin.ch

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 19. Januar 2016

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 hat uns die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zur Vernehmlassung zu oben genannter Vorlage eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung und nehmen gerne wie folgt Stellung.

Wir vertreten die Ansicht, dass das Abkommen so rasch wie möglich ratifiziert werden sollte, nachdem die Konvention von der Schweiz bereits am 3. Juli 2013 unterzeichnet wurde. Die Konvention ist im Interesse der Schweiz, da sie das Ziel verfolgt, Opfer vor Gewalt zu schützen und die Straflosigkeit der Täter und Täterinnen zu beenden. Es wäre wünschenswert, dass die Konvention dank der Ratifikation in vielen Staaten zu einem internationalen Standard wird.

Hinsichtlich der Bereiche Schutzunterkünfte und Telefonberatung sind jedoch allfällige finanzielle Mehrbelastungen der Kantone im Auge zu behalten. Während in unserem Kanton dank einer Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern der Bedarf an Schutzunterkünften bereits heute abgedeckt ist, sind wir im Hinblick auf eine gesamtschweizerische Telefon-Hotline der Meinung, dass nach Möglichkeit die Zusammenarbeit mit bestehenden Angeboten (z.B. Tel. 143) zu suchen ist und keine neuen Strukturen geschaffen werden sollten.

Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Überlegungen bei Ihren weiteren Arbeiten berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Hans Wicki
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

anita.marfurt@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.2366
Unser Zeichen: ma

Sarnen, 25. Januar 2016

Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention); Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung in oben genannter Angelegenheit. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Wir begrüßen das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Gleichzeitig stellen wir fest, dass die schweizerischen Rechtsnormen den Anforderungen des Übereinkommens bereits genügend Rechnung tragen. Insofern ist dem Beitritt vor allem eine symbolische Bedeutung beizumessen.

Freundliche Grüsse

Maya Büchi-Kaiser
Regierungsrätin

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Volkswirtschaftsdepartement
- Gerichte OG/VG
- Amt für Justiz
- Kantonspolizei
- Sozialamt
- Staatsanwaltschaft
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.2366)

29. Jan. 2016

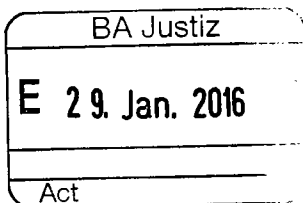
No. _____



Sicherheits- und Justizdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96



St.Gallen, 27. Januar 2016

Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

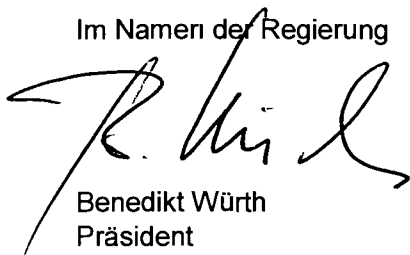
Sie haben uns am 14. Oktober 2015 das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zur Vernehmlassung unterbreitet.

Gern teilen wir Ihnen mit, dass sich die Regierung des Kantons St.Gallen für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die Schweiz ausspricht.

Indessen rufen wir in Erinnerung, dass die Idee der Einführung eines schweizweiten Hilfe-telefons für Opfer häuslicher Gewalt bereits einmal im Rahmen einer Projektstudie durch die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) geprüft und Ende 2013 verworfen wurde, da aufgrund diverser bestehender kantonaler und regionaler Angebote wenig Zusatznutzen festgestellt werden konnte. Bereits damals sprach sich die Regierung des Kantons St.Gallen gegen eine nationale Helpline aus. Nachdem sich die Ausgangslage seither nicht geändert hat, halten wir an unserer ablehnenden Haltung fest und beantragen, einen entsprechenden Vorbehalt zu Art. 24 der Konvention anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung


Benedikt Würth
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
anita.marfurt@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Bundesamt für Justiz

per E-Mail an:
anita.marfurt@bj.admin.ch

Schaffhausen, 19. Januar 2016

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention); Vernehmlassung

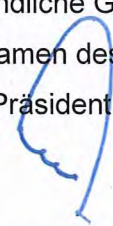
Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 haben Sie uns in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir die Ratifikation der Istanbul-Konvention begrüssen.

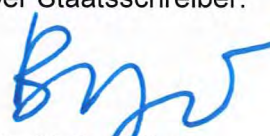
Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

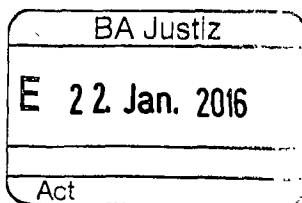


Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:


Dr. Reto Dubach

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger



Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationales Strafrecht
3003 Bern

19. Januar 2016

Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zur Vernehmlassung zugestellt. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen und lassen uns wie folgt vernehmen.

1. Ausgangslage

Der Kanton Solothurn befürwortet die Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Vor diesem Hintergrund verzichten wir auf eine ausführliche Stellungnahme und beschränken uns auf einzelne Bemerkungen.

2. Bemerkungen

2.1. Nationale Telefonberatung (nationale Helpline)

Im Jahr 2013 wurde das Projekt „Nationale Helpline Häusliche Gewalt (NHHG)“ verworfen, weil eine Mehrheit der Kantone dieses ablehnte. Am damaligen Projekt wurde vor allem kritisiert, dass sich der Bund finanziell zu wenig beteilige und in den meisten Kantonen bereits kostengünstigere Angebote bestünden. An dieser Einschätzung halten wir fest, respektieren aber die neuen, zu erfüllenden Rahmenbedingungen. Allerdings ist es nun unverzichtbar, die Kantone bei Wiederaufnahme der Projektarbeiten eng einzubeziehen und dabei auf den bestehenden Ressourcen aufzubauen. Entsprechend nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass das Bundesamt für Justiz (BJ) die Zusammenarbeit in dieser Sache mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) bereits aufgenommen hat.

2.2. Genügend Schutzplätze für gewaltbetroffene Personen

Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Schweiz dazu, geeignete, leicht zugängliche und vor allem ausreichend Schutzunterkünfte für gewaltbetroffene Opfer bereit zu stellen. Dabei soll sich die Anzahl der Schutzunterkünfte nach dem tatsächlichen bzw. länderspezifischen Bedarf richten; es bestehen keine quantitativen Vorgaben, sondern nur Richtgrössen.

Wir machen darauf aufmerksam, dass die SODK sich dieser Thematik bereits angenommen hat und zusammen mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)

eine Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben hat. Diese konnte im Mai 2015 publiziert werden. Die Ergebnisse zeigen, dass wesentliche Unterschiede beim Bedarf an Schutzplätzen zwischen ländlichen und städtischen Regionen bestehen. Zudem sind Engpässe von Schutzplätzen in der Schweiz oftmals darauf zurückzuführen, dass nach einem Frauenhauseintritt nicht zeitnah eine Anschlusslösung für die Klientinnen gefunden werden kann. Damit besteht vor allem Handlungsbedarf bei der Optimierung des nachgelagerten Systems, insbesondere in Kantonen, in welchen Wohnraum knapp ist. Eine Lücke des Schutzangebotes wurde zudem für von häuslicher Gewalt betroffene Personen erkannt, die zusätzlich an einer Suchterkrankung leiden.

Die Kantone haben die Ergebnisse der Analyse zur Kenntnis genommen und sind bestrebt, die nötigen Verbesserungen zu erzielen. Auch im Kanton Solothurn sind bereits Bemühungen aufgenommen worden, insbesondere das nachgelagerte Hilffssystem und die Anschlusslösungen für gewaltbetroffene Frauen zu verbessern. Entsprechend sind die erlangten Erkenntnisse und angelaufenen Projekte in die Umsetzung der Konventionsbestimmungen miteinzubeziehen bzw. der Vollzug ist unbedingt zusammen mit den Kantonen anzugehen.

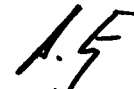
2.3. Allfällige Mehrbelastung der Strafermittlungsbehörden

Eine intensivere internationale Zusammenarbeit in Strafsachen wird begrüsst. Dennoch ist eine allfällige Mehrbelastung der Staatsanwaltschaft in finanzieller und personeller Hinsicht zu beachten bzw. die Umsetzung ist möglichst effizient und auf das Nötige beschränkt, auszugestalten.

Abschliessend danken wir Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Frau Monica Sethi Waeber, Abteilungsleiterin soziale Förderung und Generationen, monica.sethi@ddi.so.ch, gerne zur Verfügung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Roland Furst
Landammann


Andreas Eng
Staatsschreiber

6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz

per E-Mail an: anita.marfurt@bi.admin.ch

Schwyz, 19. Januar 2016

Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 werden die Kantonsregierungen eingeladen, bis 29. Januar 2016 zu einer möglichen Ratifikation des titelerwähnten Übereinkommens des Europarates (Istanbul-Konvention) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat begrüsst die inhaltlichen Zielsetzungen des Übereinkommens, spricht sich jedoch aus folgenden Gründen gegen eine Ratifikation des Übereinkommens aus.

Wie im Begleitschreiben von Frau Bundesrätin Sommaruga erwähnt, vermag das Bundesrecht den Anforderungen der Konvention insgesamt zu genügen. In der Konsequenz ist ein Beitritt nicht notwendig, denn einzelne Punkte der Konvention fordern Massnahmen, welche in den letzten Jahren geprüft, jedoch abgelehnt wurden. Beispielsweise wurde das Konzept einer nationalen, rund um die Uhr erreichbaren Telefonberatung entworfen, und es wurden im Bereich Stalking und Zwangsheirat eigene Strafartikel geprüft. Aus verschiedenen Gründen wurde von diesen Projekten wieder Abstand genommen. Die Ratifikation der Istanbul-

Konvention würde erfordern, dass diese Forderungen wieder aufgenommen und umgesetzt würden.

Aktuell noch zu klärende Teilfragen auf Stufe Kanton betr. Koordinationsstelle für den Fachbereich Häusliche Gewalt (Art. 10) werden in einer Reorganisation der interdepartementalen und interinstitutionellen Zusammenarbeit als Teilprojekt im Rahmen „Häusliche Gewalt und Aufbau eines Bedrohungsmanagement“ behandelt. Und die in Art. 23 thematisierten Schutzunterkünfte werden von der Opferberatungsstelle des Kantons Schwyz vermehrt über beauftragte Schutzeinrichtungen wie die Herberge für Frauen in Zug oder das Haus Hagar in Luzern gewährleistet. Darüber hinaus verfügt die Opferberatungsstelle über eine Schutzwohnung im inneren Kantonsteil, und es war bis anhin immer möglich, einen Platz in einer Schutzeinrichtung zu finden.

Die Opferberatungsstelle des Kantons Schwyz bietet sodann während der Bürozeiten Telefonberatungen im Sinne von Art. 24 der Konvention an. Ausserhalb der Bürozeiten wird die Beratung durch die dargebotene Hand (Telefonnummer 143) übernommen. Laut Bericht (S. 40 f.) genügt diese Lösung der zu ratifizierenden Konvention nicht, sie hat sich jedoch bewährt. Es kann auch angefügt werden, dass kaum Anrufe ausserhalb der Bürozeiten getätigt werden.

Es ist insgesamt zu befürchten, dass die Entwicklung des supranationalen Rechts auch auf dem Gebiet der Verhütung von Gewalt gegen Frauen Ansprüche generieren könnte, welche mit den Gepflogenheiten in der Schweiz und im Kanton Schwyz nicht übereinstimmen. So ist – wie verschiedene andere Beispiele eindrücklich belegen – die Entwicklung supranationalen Rechts im Zeitpunkt der Ratifikation häufig nicht absehbar, und es werden aus der betreffende Rechtsquelle mit dem Verlauf der Zeit bspw. Ansprüche interpretiert, die ursprünglich nie beabsichtigt waren.

Der Regierungsrat spricht sich gegen eine Ratifikation der Istanbul-Konvention aus.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:



Andreas Barraud, Landammann

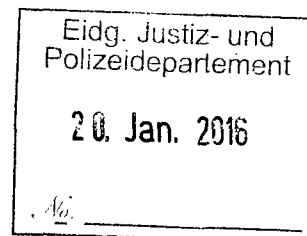
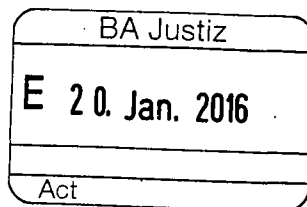
Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern



Frauenfeld, 18. Januar 2016

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf einer Botschaft zur Ratifikation des eingangs erwähnten Übereinkommens zuhanden der Eidgenössischen Räte Stellung nehmen zu können. Wir lehnen eine Ratifikation ab und äussern uns dazu wie folgt:

Es ist grundsätzlich unbestritten, dass dieses Übereinkommen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von häuslicher Gewalt sehr bedeutsam ist und wichtige, europaweit geltende Standards setzt. Es vereint und behandelt praktisch alle bedeutsamen Themen, die in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren in Fach- und politischen Kreisen aufgegriffen, intensiv diskutiert und zum Teil auch umgesetzt worden sind.

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind allerdings nur zu ganz bestimmten Bestimmungen und lediglich unter restriktiven Bedingungen zulässig (Art. 78 f.). Somit gehen mit der Ratifikation dieses Übereinkommens entsprechende konkrete Verpflichtungen einher. Wir beurteilen daher die Möglichkeiten zur Einhaltung derselben weit weniger optimistisch, als dies das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) im erläuternden Bericht tut.

In diesem Bericht wird einleitend festgestellt, das schweizerische Recht vermöge den Anforderungen der Konvention insgesamt zu genügen. Hingegen seien im Bereich der kantonalen Zuständigkeiten noch einige wenige vertiefte Abklärungen zu treffen. Zwar wird weiter – und dies offensichtlich zu Recht – festgestellt, dass viele der in der Konvention genannten Massnahmen in den Kompetenzbereich der Kantone fallen würden, weshalb diese auch für die Bereitstellung von entsprechenden Ressourcen zuständig



seien. „Allfällige“ Mehrbelastungen der Kantone könnten sich aufgrund der „eventuellen“ Schaffung einer einheitlichen Telefon-Hotline sowie zusätzlicher Plätze in Frauenhäusern ergeben.

Die in diesem Bericht deutlich werdende „Verharmlosung“ der von der Konvention in ziemlich verpflichtender Weise geforderten und auch sehr konkret umschriebenen Massnahmen kommt nicht nur, aber insbesondere beim Kommentar zu Art. 23 (Schutzzunterkünfte) und Art. 24 (Telefonberatung) zum Ausdruck. Offensichtlich aufgrund der damit verbundenen Problematik hat die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) die Forschungsstelle INFRAS beauftragt, einen Grundlagenbericht zur Ist- und Bedarfsanalyse Frauenhäuser Schweiz zu erstellen. Die im Grundlagenbericht vom 19. November 2014 dargestellte Situation in der Schweiz zeigt hinreichend klar auf, welche herausfordernden Aufgaben sich allein schon in diesem Zusammenhang für die Kantone stellen. Dies insbesondere mit Blick auf die Organisation und Koordination sowie die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen, die jedenfalls nicht im Bagatellbereich anzusiedeln sind. Für den Kanton Thurgau lässt sich jedenfalls nur schon für diesen Bereich kaum ernsthaft behaupten, die Anforderungen von Art. 23 der Konvention seien praktisch erfüllt oder nur mit einigen wenigen Nachbesserungen problemlos erfüllbar. Vielmehr hat sich gerade in den vergangenen Jahren hinreichend deutlich gezeigt, dass trotz konsequenter polizeilicher Wegweisungspraxis die Frage der tatsächlich verfügbaren und qualifiziert betreuten Frauenhausplätze ein sehr komplexes und aufwendiges Thema geworden ist.

Auch die in Art. 24 geforderte Telefonberatung lässt sich nicht einfach mit bescheidenen Mitteln bzw. personellen Ressourcen umsetzen bzw. kostengünstig an eine geeignete Institution „outsourcen“. In diesem Zusammenhang ist vergleichsweise auf das diesbezügliche Vorgehen in Deutschland zu verweisen. Bereits kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens hat dieses Land ein Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfetelefontgesetz) verabschiedet. Dieses sieht vor, dass der Bund beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben ein bundesweites zentrales Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (mit Beratung in den erwähnten Fachbereichen) einrichtet und vollumfänglich für dessen Kosten aufkommt (ab 2013 jährliche Ausgaben von 6 Mio. Euro). Von März 2013 bis Dezember 2014 waren beim Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" rund 45'000 Beratungskontakte per Telefon, Chat und E-Mail zu verzeichnen. Über 28'000 von Gewalt betroffene Frauen haben das niederschwellige Angebot genutzt und sich individuell beraten lassen. Mehr als 8'000 Personen aus dem sozialen Umfeld Betroffener und Fachkräfte nutzten das Angebot. Selbst wenn sich in der Schweiz aufgrund der geringeren Bevölkerungszahl nur ein Zehntel der genannten Beratungskontakte ergeben, handelt es sich dennoch um eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, deren Lösung und Finanzierung durch die Kantone nicht in Sicht ist.



3/3

Auch die aus Art. 26 hervorgehende Verpflichtung, für Zeuginnen und Zeugen, die Kinder sind, Schutz und Unterstützung durch entsprechend ausgestattete Schutz- und Hilfsdienste zu schaffen, steht, wie dies anlässlich der Nationalen Konferenz vom 19. November 2015 zum Kindes- und Erwachsenenschutz bei häuslicher Gewalt von fachlicher Seite klar geäußert wurde, in der Schweiz erst in den Anfängen einer entsprechenden Umsetzung.

Bei den Erläuterungen des EJPD entsteht generell der Eindruck, dass die entsprechenden Verpflichtungen, die aus dem Übereinkommen hervorgehen, sehr grosszügig und nahezu durchgehend als „seitens der Schweiz erfüllt“ bezeichnet werden. Dies mit dem offensichtlichen Zweck, die vorbehaltlose Ratifikation des Übereinkommens zu ermöglichen. In unserem Kanton stehen, wie bei andere Kantone auch, derzeit Sparbemühungen durch Einfrieren bzw. Abbau von staatlichen Leistungen im Vordergrund. Somit dürften hinsichtlich der politischen Umsetzung von nicht kosten- und ressourcenneutralen Massnahmen erhebliche politische Widerstände zu erwarten sein. Daran könnte die Umsetzung des Übereinkommens letztlich scheitern.

Wir erlauben uns auch, darauf hinzuweisen, dass es im Rahmen der Berichterstattung an die GREVIO (Art. 66 ff.) wohl nichts helfen würde, sich auf die „wohlwollende“ EJPD-Kommentierung der Massnahmen zu berufen. Davon abweichende Beurteilungen und Empfehlungen der GREVIO müssten dann wohl ebenso in Kauf genommen werden, wie die Behandlung einer Reihe von politischen Vorstössen, welche die konkrete Umsetzung der im Übereinkommen festgelegten Massnahmen fordern.

Aus diesen Gründen vertreten wir die Meinung, dass die Schweiz insgesamt noch nicht bereit ist, das Übereinkommen zu ratifizieren und dieses dann auch gebührend umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatschreiber



13

fr

1

13 gennaio 2016

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale di giustizia
Settore Diritto internazionale privato
3003 Berna

Procedura di consultazione concernente la ratifica della Convenzione del Consiglio d'Europa sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica (Convenzione di Istanbul)

Gentili signore, egregi signori,

la Convenzione del Consiglio d'Europa sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica (Convenzione di Istanbul) è già stata ratificata da 18 Stati ed è entrata in vigore il 1° agosto 2014.

Salutiamo favorevolmente l'intenzione di procedere alla ratifica del primo strumento giuridicamente vincolante a livello europeo destinato a proteggere le donne da ogni forma di violenza e prevenire, perseguire ed eliminare la violenza contro le donne e la violenza domestica.

La Convenzione di Istanbul è un testo particolarmente importante nel ventaglio delle convenzioni che proteggono i diritti della persona, in quanto strumento completo di protezione delle donne. Con la ratifica della Convenzione la Svizzera conferma la sua tradizione e il suo impegno nella promozione e applicazione dei diritti della persona.

Come emerge dal rapporto esplicativo il diritto federale svizzero risponde alle esigenze della Convenzione sia sul piano civile che penale.

I compiti di prevenzione e protezione delle vittime sono di competenza dei Cantoni, i quali, per la maggior parte, hanno adottato dei dispositivi in linea con la Convenzione. Tra questi figura pure il Cantone Ticino con le sue strutture per le vittime e gli autori, con una rete di sostegno capillare e un continuo lavoro di formazione e sensibilizzazione.

La Convenzione permetterà di migliorare e armonizzare l'applicazione delle misure all'insieme della Confederazione e favorirà ulteriormente la collaborazione intercantonale.

Vogliate gradire, gentile signore, egregi signori, l'espressione della nostra stima.

Il Presidente:

N. Gobbi

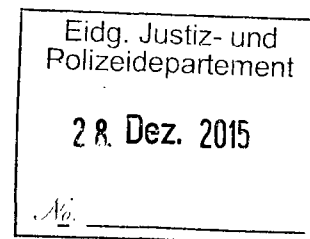
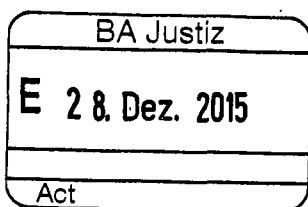
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Cancelliere:

G. Gianella

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (joerg.debernardi@ti.ch; nicolo.parente@ti.ch; renata.gottardi@ti.ch; sara.guerra@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
3003 Bern

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 14. Oktober 2015 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Ratifikation der Istanbul-Konvention eine Stellungnahme abzugeben. Wir äussern uns dazu wie folgt.

Die Istanbul-Konvention ist der erste europäische Vertrag, der gezielt gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt gerichtet ist. Die Konvention legt Mindeststandards für Prävention und Schutz fest und fordert von den ratifizierenden Staaten ein Angebot von Dienstleistungen wie Hotlines, medizinische Leistungen, Beratungen und Rechtshilfen.

Wir unterstützen das Vorhaben des Bundesrats, mit der Ratifikation der Istanbul-Konvention die nationalen Gesetzgebungen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt europaweit zu harmonisieren. Zumal die Umsetzung der Konvention hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem schweizerischen Recht keine Probleme bietet. Bezüglich des Ausbaus des Angebots an Telefonberatungen in der Schweiz fordern wir vom Bund eine pragmatische

Vorgehensweise. Die telefonische Beratung soll unter finanzieller Beteiligung des Bunds auf den bestehenden kantonalen Infrastrukturen aufgebaut werden. Im Übrigen verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen abschliessend für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

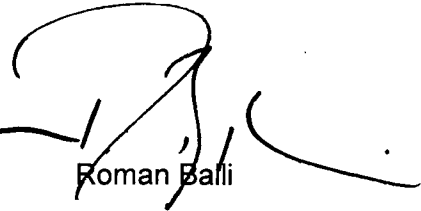
Altdorf, 24. Dezember 2015



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor



Dr. Heidi Z'graggen

Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

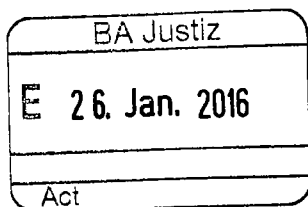
Château cantonal
1014 Lausanne

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

25. Jan. 2016

Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral
3003 Berne

Par courrier électronique :
anita.marfurt@bj.admin.ch



Réf. : MFP/15019550

Lausanne, le 20 janvier 2016

Approbation et mise en œuvre de la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions pour la consultation citée en titre et vous prions de trouver ci-dessous nos déterminations.

Le Canton de Vaud se prononce en faveur de la ratification par le Conseil fédéral de la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul).

La Convention d'Istanbul est un texte particulièrement important dans l'éventail des conventions protégeant les droits de la personne par son approche holistique de la protection des victimes. C'est le premier instrument juridique à l'échelle de l'Europe visant à protéger les femmes contre toutes les formes de violences, et de prévenir, poursuivre et éliminer la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (comprenant également les hommes et les enfants). En ratifiant la convention, la Suisse confirmera sa tradition et son engagement dans la protection et la promotion des droits de la personne.

Ainsi qu'il ressort du rapport explicatif, le droit fédéral suisse répond aux exigences de la convention, tant sur le plan civil que pénal.

Le Conseil d'Etat vaudois reconnaît l'importance de développer la prévention et la protection des victimes au niveau cantonal. Faisant œuvre de pionnier dans ce domaine, le Canton de Vaud s'est notamment doté d'un Plan d'action stratégique 2011-2015, présenté à la presse en novembre 2011.

Le Canton de Vaud se montre à cet égard très actif dans la lutte contre les violences faites aux femmes, plus particulièrement la lutte contre la violence conjugale. Il a notamment mis en place de nombreuses mesures d'hébergement, d'accompagnement et de conseil, tant pour les victimes que pour les auteur-e-s de violence. En matière de prévention de la violence de couple chez les jeunes, il met en place un projet-pilote d'implantation du programme « Sortir ensemble et se respecter » et organise

régulièrement des formations à l'attention des professionnel-le-s (police, magistrature, avocat-e-s, etc.). Conscient de l'importance du travail en réseau, le Conseil d'Etat a nommé une Commission cantonale de lutte contre la violence domestique (CCLVD) dès 2006 qui réunit les principales instances administratives et judiciaires de l'Etat, ainsi que des organisations privées qui sont régulièrement confrontées à la problématique de la violence conjugale.

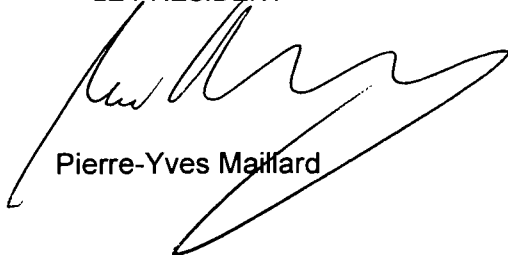
Selon l'art. 8 de la Convention d'Istanbul, l'Etat fournit les ressources financières et humaines adéquates pour la mise en œuvre des mesures entrant dans le champ de cette dernière. Le Canton de Vaud se réjouit donc de la possibilité laissée par le Gouvernement fédéral d'envisager une aide financière aux cantons pour les mesures de prévention et de protection des victimes. Il demande à la Confédération de prévoir une enveloppe financière suffisante afin d'encourager les cantons dans la mise en œuvre de ce texte. Nous relevons qu'il est nécessaire, dans ce contexte, d'examiner la possibilité d'un soutien des mesures de prévention par des subventions au sens de l'art. 386 CP.

Pour terminer, nous souhaitons exprimer notre regret concernant la réserve émise à l'art. 59 de la Convention du Conseil de l'Europe. Nous souhaiterions attirer l'attention sur le fait que les personnes gravement menacées dans leur intégrité psychique et physique doivent pouvoir avoir le choix de vivre séparément de l'auteur des violences afin d'assurer leur protection et cela sans perdre leur statut de séjour. Nous souhaitons ainsi proposer au Conseil fédéral d'analyser la possibilité de lever cette réserve qui affaiblit sa volonté de prévenir et lutter contre la violence faites aux populations particulièrement précarisées.

En vous remerciant d'avance de l'attention portée à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT


Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER

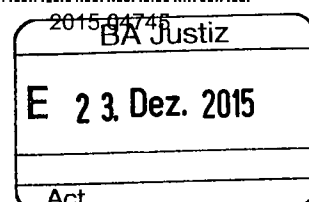
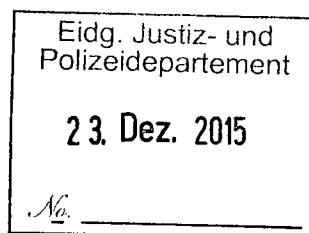

Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SG-DTE
- Bureau de l'égalité entre les femmes et les hommes



Conseil d'Etat
Staatsrat



Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Département fédéral de justice et police
Office fédéral de la justice
Domaine de direction Droit pénal international
3003 Berne

Date **17 DEC. 2015**

Consultation : Convention du Conseil de l'Europe du 11 mai 2011 sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous faisons suite à votre lettre du 14 octobre 2015 concernant la consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

Nous saluons la volonté du Conseil fédéral de procéder à la ratification de la Convention objet de la consultation, premier instrument européen juridiquement contraignant visant à protéger les femmes et les filles contre toutes les formes de violence, et de prévenir, poursuivre et éliminer la violence à l'égard des femmes et la violence domestique.

Les femmes sont tristement surreprésentées dans les victimes de violence à travers le monde, et en Suisse aussi. Selon la Convention d'Istanbul, la violence à l'égard des femmes constitue une violation des droits humains et une forme de discrimination fondée sur le sexe, qui peut survenir dans la vie publique ou privée (art. 3 let. a). Dans son préambule, elle reconnaît que la violence à l'égard des femmes est à la fois une cause et une conséquence des rapports de pouvoirs inégaux entre les sexes.¹ C'est ainsi qu'en Suisse, dans la plupart des cantons, ce sont les bureaux de l'égalité qui sont en charge de la prévention et de la coordination de la lutte contre la violence domestique.

Les Parties à la Convention sont encouragées à l'appliquer à toutes les victimes de violence domestique, y compris les hommes et les garçons. Le gouvernement valaisan soutient cette application.

Comme exposé dans le rapport, le droit fédéral suisse répond en majeure partie déjà aux exigences de la Convention. Sa ratification sera l'occasion d'améliorer l'harmonisation des pratiques cantonales, afin notamment que toutes les victimes aient accès aux mêmes prestations minimales et que des programmes pour personnes violentes soient disponibles dans toute la Suisse.

En Valais, un projet de loi sur les violences domestiques est actuellement en discussion au Parlement. Ce projet rejoint la Convention sur de nombreux points et va même plus loin pour certaines exigences. Si ce projet de loi aboutit, le canton du Valais sera en mesure de répondre à la majorité des exigences de la Convention. Mais comme les autres cantons, il devra composer avec les restrictions budgétaires actuelles.

¹ Karin Lempen / Anita Marfurt / Sophie Heegaard-Schroeter, La Convention d'Istanbul : tour d'horizon, in Jusletter 7. September 2015, p. 5

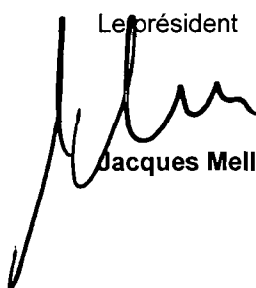


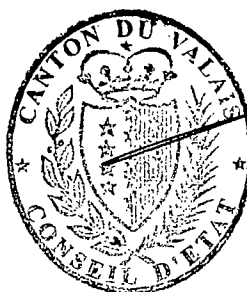
Le cadre légal suisse contient de nombreuses dispositions civiles, pénales et administratives concernant les victimes et les personnes auteurs de violence, mais il n'existe pas une loi fédérale sur les violences domestiques. De ce point de vue, la ratification de la Convention d'Istanbul est particulièrement importante. Elle devrait permettre de garantir un standard commun de prise en charge des situations de violence, dans tous les cantons.

Le gouvernement valaisan se prononce en faveur de la ratification par le Conseil fédéral de la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul) qui confirmera l'engagement de la Suisse dans la promotion du respect des droits de la personne.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos remarques, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Jacques Melly



Le chancelier


Philipp Spörri



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

anita.marfurt@bj.admin.ch

Zug, 26. Januar 2016 hs

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention): Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung bis 29. Januar 2016 eingeladen. Gestützt auf ein internes Mitberichtsverfahren nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

Der Kanton Zug begrüsst das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt und unterstützt die Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die Schweizerische Eidgenossenschaft.

Wie bereits in der Vernehmlassungseinladung festgehalten wurde, genügt das Bundesrecht den Anforderungen der Konvention insgesamt und wir beschränken unsere Stellungnahme deshalb auf die beiden von den Kantonen abzuklärenden Themen Schutzunterkünfte und Telefonberatung.

Art. 23 Schutzunterkünfte

In Art. 23 werden die Vertragsstaaten verpflichtet, geeignete, leicht zugängliche Schutzunterkünfte für Opfer im Sinne der Konvention in ausreichender Zahl einzurichten, wobei der Artikel keine quantitativen Vorgaben macht. Gemäss dem erläuternden Bericht zum Vernehmlassungsentwurf genügt das schweizerische Recht der Konvention.

Für die Einrichtung von Schutzunterkünften sind die Kantone zuständig. Es besteht ein entsprechendes Angebot an Frauenhäusern und ähnlichen Schutzunterkünften, wobei dieses in den einzelnen Kantonen unterschiedlich ausgebaut ist und unterschiedlich finanziert wird. Zunächst stellt sich die Frage, ob in der Schweiz eine ausreichende Anzahl an Schutzplätzen für Opfer von Gewalt zur Verfügung steht. Der von der SODK in Auftrag gegebene Grundlagenbe-

richt «Ist- und Bedarfsanalyse Frauenhäuser Schweiz» der INFRAS¹ legt die Schwachstellen in der Versorgungslage offen. Grundsätzlich wird festgehalten, dass es einen anhaltenden Bedarf für Plätze in Frauenhäusern gibt und eine Knappheit von verfügbaren Betten in den Frauenhäusern festzustellen ist. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass die im Bericht enthaltenen Ergebnisse für die Zentralschweiz nicht mit der Realität übereinstimmen, da bei der Berechnung der Anzahl Unterbringungszimmer bzw. dem Abdeckungsgrad an Schutzunterkünften einzig auf die Plätze in Institutionen mit dem Namen «Frauenhaus» abgestellt wurde. Die Zuger «Herberge für Frauen» beispielsweise wurde im Bericht zwar als alternative Schutzunterkunft erwähnt, jedoch wurden diese Unterbringungsplätze in den Statistiken nicht berücksichtigt.

Im Kanton Zug ist die Versorgungslage mit der Herberge für Frauen – sowie bei Notwendigkeit mit ausserkantonalen Notunterkünften und Frauenhäusern – grundsätzlich gut. Von den betroffenen Stellen, den Gemeinden und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wird kein zusätzlicher Bedarf gemeldet.

Art. 24 Telefonberatung

Im Kanton Zug existiert keine rund um die Uhr erreichbare Telefonberatung für gewaltbetroffene Frauen. Innerhalb der Bürozeiten können sich Betroffene aus dem Kanton Zug an die dafür spezialisierten Opferberatungsstellen wenden. In einer Krisensituation oder bei Gefahr sollte man immer (auch nachts und an Wochenenden) die Notfallnummer der Polizei (117) wählen. Die Zuger Polizei hat in diesem Bereich eine spezialisierte Fachstelle «Häusliche Gewalt», welche betroffene Personen auch berät und bei Bedarf an weitere Stellen vermittelt. Der Kanton Zug verfügt überdies über eine Vereinbarung mit der Dargebotenen Hand betreffend Pikettendienst und Erstberatung im Zusammenhang mit dem Vollzug der Opferhilfe im Kanton Zug. Des Weiteren unterstützt er bereits seit mehreren Jahren die 24-Stunden Beratungshotline für gewaltbetroffene Frauen des Frauenhauses Luzern.

Im Sinne von Art. 24 des Übereinkommens müsste die Schweiz die kantonalen Angebote der Telefonberatungen für gewaltbetroffene Frauen analysieren und gegebenenfalls Massnahmen für den Ausbau des Angebots ergreifen, um den Anforderungen zu entsprechen. Unseres Erachtens wäre es sinnvoll, wenn im Bereich der gesamten Opferhilfe eine einheitliche Sammelnummer realisiert werden könnte, wie dies bei den Nummern 143 (Dargebotene Hand) oder 147 (Telefonhilfe für Kinder) bereits umgesetzt ist. Dadurch könnte mit der neuen Nummer auch die Bekanntheit der Opferhilfe-Angebote erhöht werden. Hinter der Sammelnummer könnte auf die bestehenden kantonalen Angebote geschaltet werden. Dazu braucht es einzig eine Leitweglenkung des Anrufs zu den bereits vorhandenen Opferberatungsangeboten. Ausserhalb der Bürozeiten wäre ein 24-Stunden Angebot auf der gleichen Nummer zu realisieren. Sofern dies auf nationaler Ebene geschieht, wäre allenfalls eine finanzielle Beteiligung des Bundes zu prüfen.

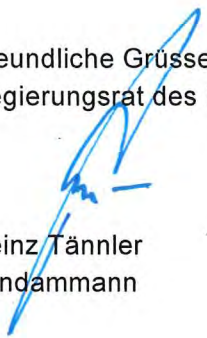
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

¹http://www.sodk.ch/fileadmin/user_upload/Fachbereiche/Opferhilfe/d_2015.07.06_INFRAS_Schlussbericht_Frauenh%C3%A4user.pdf

Seite 3/3

Zug, 26. Januar 2016

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



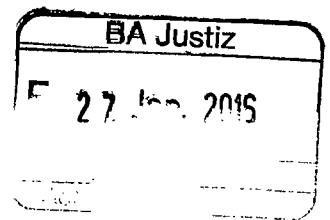
Heinz Tännler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Obergericht Zug
- Direktion des Innern
- Sicherheitsdirektion
- Zuger Polizei



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Fachbereich internationales Strafrecht
3003 Bern

19. Januar 2016 (RRB Nr. 40/2016)

**Übereinkommen des Europarates zur Verhütung
und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
(Istanbul-Konvention) (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 haben Sie uns den erläuternden Bericht zur Ratifikation des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 (Istanbul-Konvention) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

I. Grundsätzliches

Wir begrüssen die Ratifikation der Istanbul-Konvention. Sie ist ein Bekenntnis zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen, einschliesslich häuslicher Gewalt. Wir unterstützen die Anwendung des Übereinkommens auf alle Opfer häuslicher Gewalt, mithin auch auf Männer und Kinder.

Auch wenn das schweizerische Recht den Anforderungen an die Konvention insgesamt weitgehend genügt, liegt es ebenfalls im Interesse der Schweiz, dazu beizutragen, dass die Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt auf einem europaweit vergleichbaren Standard verhütet und verfolgt und die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den Vertragsstaaten intensiviert und vereinfacht wird.

**II. Zum erläuternden Bericht im Einzelnen bzw. zu einzelnen Artikeln
der Istanbul-Konvention**

Art. 23 Schutzunterkünfte

Die Vertragsstaaten werden in Art. 23 verpflichtet, geeignete, leicht zugängliche Schutzunterkünfte für Opfer im Sinne der Konvention in ausreichender Zahl einzurichten. Für die Einrichtung der Schutzunterkünfte sind die Kantone zuständig.

Wie sich insbesondere im Rahmen einer von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektoren in Auftrag gegebenen Ist- und Bedarfsanalyse gezeigt hat, steht im Kanton Zürich eine ausreichende Anzahl geeigneter, leicht zugänglicher Schutzunterkünfte für sämtliche Opferkategorien im Sinne der Konvention zur Verfügung. Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen erfolgt gestützt auf eine schriftliche Vereinbarung und funktioniert in der Praxis gut. Die Finanzierung der Frauenhäuser im Kanton Zürich ist zudem gesichert.

Art. 24 Telefonberatung

Art. 24 verpflichtet die Vertragsstaaten, eine kostenlose, landesweite, vertrauliche und anonyme sowie täglich rund um die Uhr erreichbare Telefonberatung für Opfer aller Formen von Gewalt gemäss der Konvention einzurichten.

Im Kanton Zürich besteht bereits heute ein umfassendes Angebot an Telefonberatung für von Gewalt betroffene Personen. Die Kantonspolizei Zürich verfügt über den Dienst Gewaltschutz innerhalb der Präventionsabteilung. Darin integriert ist unter anderem auch die Fachstelle Häusliche Gewalt. Zu den Aufgaben der genannten Stellen gehört es, von Gewalt bedrohte oder gefährdete Personen telefonisch zu beraten. Das Beratungsangebot steht an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr (mittels 24-Stunden-Piketts) zur Verfügung und ist kostenlos. Die Beratungen durch geschulte Mitarbeitende sind vertraulich und können auch anonym erfolgen.

Art. 34 Nachstellung (Stalking)

Art. 34 verpflichtet die Vertragsstaaten, das vorsätzliche und wiederholte Bedrohen einer anderen Person, das diese um ihre Sicherheit fürchten lässt, strafbar zu erklären. Das schweizerische Strafrecht kennt keinen besonderen Straftatbestand des Stalking (zwanghaftes Verfolgen einer Person). Ein Versuch, Stalking unter Strafe zu stellen und das Strafgesetzbuch mit einem entsprechenden Artikel zu ergänzen, ist im Parlament gescheitert. Es war der Ansicht, dass die beim Stalking typische Verhaltensweise durch andere Straftatbestände ausreichend abdeckt sind. Den Ausführungen im erläuternden Bericht, wonach man dieser Vorschrift der Konvention auch durch die Regelung von nicht strafrechtlichen Sanktionen nachleben könne und die Schweiz diesem Anliegen bereits mit der Verabschiedung von Art. 28b des Zivilgesetzbuches (ZGB, SR 210) Rechnung getragen habe (S. 49), ist entgegenzuhalten, dass gerade der Schlussbericht «Evaluation «Umsetzung und Wirkung von Art. 28b ZGB»» zuhanden des Bundesamtes für Justiz vom 15. April 2015 die Problematik dieser Bestimmung veranschaulicht: Art. 28b ZGB wird nur selten angewendet (S. 76), das Verhältnis von zivil- und strafrechtlichen Massnahmen gegen Gewalt, Drohung und Nachstellungen ist fragwürdig (S. 77), die prozessualen Anforderungen und die mit den Verfahren verbundenen Kosten sind hoch (S. 77), die Schutzmassnahmen lassen sich nur schwer durchsetzen und ihre Missachtung zieht kaum spürbare Sanktionen nach sich (S. 77 f.). Daraus ergibt sich, dass mit dem geltenden Recht insbesondere Nachstellungen im niederschweligen Bereich (sogenanntes weiches Stalking) mangels eines eigenen Straftatbestands des Stalking faktisch gerade nicht mit strafrechtlichen Sanktionen belegt werden können, die diesen Namen auch wirklich verdienen: Eine Übertretungsbusse wegen Missachtung von zivilrechtlichen Schutzmassnahmen hält kaum einen Stalker davon ab, dem Opfer weiterhin nachzustellen. Es ist daher ein besonderer Straftatbestand des Stalking zu schaffen.

**Vorbehalt zu Art. 59 (Aufenthaltsstatus)**

In Art. 59 werden die Vertragsstaaten verpflichtet, Opfern von häuslicher Gewalt, deren Aufenthaltsstatus von Ehegatten oder Partnern abhängt, im Falle der Auflösung der Ehe oder Partnerschaft bei besonders schwierigen Umständen auf Antrag einen eigenen Aufenthaltstitel zu erteilen, unabhängig von der Dauer der Ehe oder Partnerschaft. Damit die Schweiz die Anforderungen an Art. 59 erfüllt, muss aufgrund des gegenwärtigen Ausländerrechts zwar ein Vorbehalt angebracht werden.

Wir begrüßen es aber, dass der Bundesrat sich bereit erklärt hat, die Praxis bei der Regelung des Aufenthaltsrechts von ausländischen Opfern ehelicher Gewalt zu überprüfen, um Rückschlüsse zu ermöglichen, ob ihnen ausreichend Schutz gewährt wird. Sollte der Bericht zeigen, dass dies nicht der Fall ist, sind geeignete Massnahmen zu treffen.

III. Personelle, organisatorische und finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Die Überwachung der Umsetzung der Konvention bringt einen geringen zusätzlichen Aufwand mit sich (Berichte usw.). Nachdem das schweizerische Recht die Anforderungen der Konvention schon erfüllt, ist nicht mit weiteren namhaften Mehrbelastungen zu rechnen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

